



Mitgliedervollversammlung

4. November 2019

Tagungsunterlagen

Tagungsort:

Richardschule,
Richardplatz 14
12049 Berlin

(S/U Neukölln)

Antrag T1

Einreicherin: Bezirksvorstand

Tagesordnung für die Mitgliederversammlung am 4. November 2019

1. Begrüßung und Tagesordnung
2. Parlamentsreform
3. Politische Aussprache
4. Antragsberatung
5. Berichte BVV und BO
6. Sonstiges und Termine

Antrag A 1

Einreicher*innen: Bezirksvorstand

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Strategiedebatte im Bezirksverband Neukölln

- 2 Die Bundespartei lädt ein, strategische Fragen zu diskutieren und Überlegungen bzw. Ideen aufzuschreiben
3 und sie bis zum 10. Januar 2020 einzusenden. Auf einer Strategiekonferenz am 29. Februar und 1. März
4 2020 in Kassel werden sie weiter diskutiert. Wir möchten uns auch als Bezirksverband Neukölln an der
5 Strategiedebatte beteiligen. Der Bezirksvorstand lädt dazu ein, sich einzubringen und organisiert noch in
6 diesem Jahr eine Diskussionsveranstaltung dazu.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A2: Bericht aus dem Abgeordnetenhaus
Einreicher*innen: BO 44

Die Mitgliederversammlung möge beschließen,

1 Bericht aus dem Abgeordnetenhaus

- 2 1. Neben dem „Bericht aus der BVV-Fraktion“ soll ebenso ein Bericht aus dem Berliner
3 Abgeordnetenhaus auf jede Tagesordnung gesetzt werden.
- 4 2. Der Tagesordnungspunkt „Bericht aus dem Abgeordnetenhaus“ erfolgt direkt im Anschluss
5 an den „Bericht aus der BVV-Fraktion“.
- 6 3. Ein Bericht kann für eine Mitgliederversammlung in schriftlicher Form erfolgen

Begründung

Um die Kommunikation mit den Abgeordneten und dem Bezirk zu stärken, ist es wichtig auch darüber informiert zu werden, was aktuell im Berliner Landesparlament in Bezug auf Neukölln geschieht. Beispielsweise kommt es immer wieder zu erneuten Nachfragen an den Berliner Innensenator Andreas Geisel in Bezug auf die extrem rechte Anschlagsserie durch Anne Helm und Niklas Schrader. Weiterhin sind auch weitere Landesthemen immer wieder relevant, wie die Verschärfung des Berliner Polizeigesetzes, die Berliner Schulbauoffensive oder die Initiative für saubere Schulen. Hier kann mit einem Bericht aus dem Abgeordnetenhaus eine nahtlose Kommunikation gewährleistet werden.

Antrag A3
Einreicher*innen: BO 44

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Umgang mit Änderungsanträgen

- 2 1. Änderungsanträge sollen einen Tag vor der Bezirksmitgliederversammlung veröffentlicht
3 werden.
- 4 2. Änderungsanträge, die sich aus der Debatte der Antragskommission oder direkt aus der
5 Debatte der Bezirksmitgliederversammlung ergeben, können auch noch während der
6 Antragsberatung eingebracht werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag A4 (Neu)
Einreicher*innen: Bezirksvorstand

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 **Redezeit auf dem Landesparteitag**

2 Der folgende Brief wird im Namen des Bezirksverbandes an den Landesvorstand und das Präsidium des
3 Landesparteitages geschickt:

4 Liebe Genossinnen und Genossen im Landesvorstand und im Präsidium des Landesparteitages,

5 In der Geschäftsordnung des 7. Landesparteitages ist festgehalten, dass die Redezeit für alle Redner*innen
6 in der Generaldebatte gleichermaßen fünf Minuten beträgt. In der Praxis wird dies anders gehandhabt und
7 einigen Redner*innen mehr Redezeit zugestanden als anderen: So waren auf der letzten Sitzung einzelne
8 gesetzte Beiträge durch Funktionsträger*innen und Abgeordnete von jeweils maximal acht Minuten
9 vorgesehen, während „normalen Delegierten“ nur vier Minuten zugestanden wurde.

10 Da Austausch und Debatte der Parteibasis auf dem Landesparteitag im Vordergrund stehen sollten, bitten
11 wir mit Nachdruck darum, auf diese Ungleichbehandlung in Zukunft zu verzichten und allen
12 Teilnehmer*innen der Debatten unabhängig von Ansehen und Ämtern dieselbe Redezeit zur Verfügung zu
13 stellen.

14 Mit sozialistischen Grüßen,
15 Bezirksverband DIE LINKE Neukölln

16 (beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 4.11.2019)

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag A5
Einreicher*innen: BO44 und Doris Hammer

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 **Aktiver Klimaschutz auch im Bezirksverband DIE LINKE.Neukölln**

2 Die Mitgliederversammlung unterstützt den gemeinsamen Antrag Drs. _Nr. 1524/XX (in der Anlage) der
3 demokratischen Fraktionen in der BVV Neukölln zum Klimanotstand. Um auch einen eigenen Beitrag zum
4 Klimaschutz zu leisten, beschließt die Mitgliedschaft folgende konkrete Umsetzungen für einen aktiven
5 Klimaschutz im Bezirksverband:

- 6 • Bei sämtlichen Einkäufen ist auf eine klimaneutrale Ausführung zu achten, das betrifft neben
7 Materialien für den allgemeinen Geschäftsbetrieb und Printmaterialien (möglichst „blauer Engel“)
8 auch Lebensmittel für die Caterings. Hier werden ausschließlich regionale und saisonale Produkte
9 erworben bzw. Fair Trade Artikel bei den Genusswaren wie Kaffee, Schokolade etc. Bei
10 Veranstaltungen werden immer auch vegetarische und vegane Nahrungsmittel angeboten.
- 11 • Bestellungen und Lieferungen sollen so koordiniert werden, dass nur eine Anfahrt seitens der
12 Lieferant*innen erforderlich ist. Alternative Anlieferungsorte könnten z.B. das Wahlkreisbüro, das
13 im Gegensatz zum Geschäftslokal montags bis freitags geöffnet ist, oder Nachbar*innen sein.
- 14 • Es soll überprüft werden, ob eine Verwendung von Plastikmülltüten wirklich notwendig oder
15 stattdessen eine umweltfreundliche Lösung möglich ist. Dies betrifft insbesondere das
16 Verpackungsmaterial. Auch der BIO-Müll wird gesondert in der Bio-Tonne entsorgt.
- 17 • Bei Reisen im Auftrag oder als Delegierte des Bezirksverbandes werden keine Flugreisen erstattet,
18 selbst wenn diese günstiger als Bahnfahrten 2. Klasse sind.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag A6 (neu)

Einreicher*innen: Bezirksvorstand

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Folgender Änderungsanträge werden an den Antrag A1 „Berlin ist anders: sozialer Zusammenhalt statt
2 Ausverkauf“ des Landesvorstandes für den Landesparteitag am 23. November 2019 eingereicht:

3 Ergänze nach Zeile 151 ein weiteres Kapitel:

4 **Das Klima retten durch eine sozial-ökologische Verkehrswende**

5 In den vergangenen Monaten sind auch in Berlin Hunderttausende Menschen für einen wirksamen
6 Klimaschutz auf die Straße gegangen. Die Bundesregierung reagiert nur mit einer Mogelpackung, die
7 hinter allen Anforderungen zurückbleibt. Anstatt die hauptsächlich für den CO₂-Ausstoß verantwortlichen
8 großen Konzerne und die Reichen in die Pflicht zu nehmen, werden die VerbraucherInnen belastet.

9 Auch in den nächsten Monaten wird es weitere Proteste geben. SchülerInnen gehen jeden Freitag auf die
10 Straße – am 29. November findet der nächste globale Klimastreik statt. Auch an den Berliner Hochschulen
11 soll für den Klimaschutz gestreikt werden. Im Rahmen einer Klimastreikwoche vom 25. bis 29. November
12 soll der Lehrbetrieb zugunsten einer „Public Climate School“ ausgesetzt werden. Geplant ist, die ganze
13 Stadtgesellschaft für Diskussionen und Workshops rund um die Fragen der Klimakrise, Klimagerechtigkeit
14 und Gesellschaftstransformation in die Hochschulen einzuladen. DIE LINKE wirbt in der Mitgliedschaft und
15 in den Kiezen für breite Beteiligung.

16 Mitte des nächsten Jahres steht eine große Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Nahverkehr an. Die
17 synchronisierten Tarifverträge laufen am 30. Juni 2020 aus. DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten
18 im Öffentlichen Nahverkehr. Bus-, Straßenbahn-, U- und S-BahnfahrerInnen, sowie alle Beschäftigten der
19 öffentlichen Verkehrsbetriebe sind KlimaretterInnen. Dieses Berufsfeld muss entschieden aufgewertet
20 werden. Nur mit guten Arbeitsbedingungen kann sichergestellt werden, dass der Ausbau des öffentlichen
21 Nahverkehrs zügig voranschreitet. DIE LINKE. Berlin wird den Konflikt mit eigener Öffentlichkeitsarbeit
22 und Material sowie einer Veranstaltungsreihe zum öffentlichen Nahverkehr begleiten.

23 Als LINKE streben wir mittelfristig einen Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr an. Wir fordern die
24 Rücknahme der vom Verkehrsverbund Berlin Brandenburg angekündigten Fahrpreiserhöhung. Als
25 nächste Schritte sollen Auszubildende, Studierende sowie Inhaber eines Sozialpasses (Erwerbslose,
26 RentnerInnen in Grundsicherung, etc.) Busse, Bahnen und Fähren kostenfrei nutzen können.

27 Allen BerlinerInnen soll ermöglicht werden, vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Um
28 die zu erwartenden erhöhten Nutzungszahlen bewältigen zu können, müssen die nötigen
29 Voraussetzungen geschaffen werden. An der Finanzierung sind die in Berlin ansässigen Unternehmen als
30 Nutznießer der öffentlichen Infrastruktur durch eine kommunale Nahverkehrsabgabe zu beteiligen. Für
31 den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs muss zudem mehr Geld aus dem Landeshaushalt bereitgestellt
32 werden.

33 Die Planungen und Umsetzung öffentlicher Verkehrsinfrastrukturprojekte muss forciert werden,
34 insbesondere im Bereich Straßenbahn. Dafür muss das Personal aufgestockt werden. Die Taktung
35 bestehender Bus- und Bahnverbindungen muss erhöht werden.

Begründung erfolgt mündlich

Antrag A7 (neu)

Einreicher*innen: Bezirksvorstand

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Folgender Änderungsanträge werden an den Antrag A1 „Berlin ist anders: sozialer Zusammenhalt statt
2 Ausverkauf“ des Landesvorstandes für den Landesparteitag am 23. November 2019 eingereicht:

3 Ergänze nach Zeile 151 ein weiteres Kapitel:

4 **Rekommunalisierung der Berliner Schulreinigung**

5 Mit der Ausgliederung der Schulreinigung an private Reinigungsfirmen hat sich die Reinigungsleistung an
6 den Schulen dramatisch verschlechtert. Da häufig eines der billigsten Angebote den Zuschlag erhält,
7 unterbieten sich die Firmen gegenseitig. Dieser Unterbietungswettbewerb hat zu einer Unterfinanzierung
8 der Schulreinigung geführt, in deren Folge die Reinigungszeit pro Schule gesunken und die
9 Arbeitsbelastung für die Reinigungskräfte zugenommen hat. Die Unterfinanzierung führt ferner zu
10 zahlreichen Fehl-anreizen, darunter die Beschäftigung von Subunternehmen oder Versuchen,
11 Lohnnebenkosten zu Lasten der Arbeitnehmer*innen zu reduzieren.

12 Reinigungskräfte, die Berliner Schulen reinigen, sind häufig prekär beschäftigt. Zwar wird in der Regel der
13 branchenübliche Mindestlohn gewährleistet, häufig müssen Reinigungskräfte in den Ferien jedoch
14 Transferleistungen beantragen. Nicht zuletzt leiden aber auch Berlins Schüler*innen und Lehrer*innen an
15 der schlechten Reinigungssituation. Es häufen sich Berichte von Lehrer*innen und Erzieher*innen, die ihre
16 Klassenräume nach den Ferien selbst reinigen oder von Schüler*innen die sich den Gang auf die Toilette
17 verkneifen. Gegen diese unhaltbaren Zustände haben sich bereits in acht Berliner Bezirken unter dem
18 Namen „Schule in Not“ Initiativen gegründet. Als LINKE unterstützen wird deren Forderung nach Re-
19 kommunalisierung der Schulreinigung.

20 Die Genossinnen und Genossen in Senat und Abgeordnetenhaus sowie in den Bezirksämtern und
21 Bezirksverordnetenversammlungen werden daher aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass spätestens
22 beginnend im Schuljahr 2021/22 den Berliner Bezirken die benötigten Finanzmittel für eine Festanstellung
23 der Reinigungskräfte im öffentlichen Dienst bereit gestellt werden oder aber einem landeseigenem
24 Betrieb mit der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts die Reinigung der Berliner Schulen
25 übertragen wird.

26 Die Reinigungsleistung ist dabei durch Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Die
27 Reinigungskräfte sollen grundsätzlich einzelnen Schulen zugeordnet werden und nur in begründeten
28 Einzelfällen ausnahmsweise und vorübergehend an anderen Schulen eingesetzt werden, um gute
29 Arbeitsbedingungen und eine funktionierende Kommunikation zwischen Lehrkörper, Hausmeister*innen
30 und Reinigungspersonal zu gewährleisten.

Begründung erfolgt mündlich

Antrag A8 (neu)

Einreicher*innen: Bezirksvorstand

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Folgender Änderungsanträge werden an den Antrag A9 „Öffentlichen Nahverkehr günstiger, nicht teurer
- 2 machen!“ des Bezirksverbandes Tempelhof-Schöneberg für den Landesparteitag am 23. November 2019
- 3 eingereicht:
- 4 Ergänze nach Zeile 27 einen weiteren Absatz:
- 5 Wir fordern außerdem die Mitglieder des Abgeordnetenhauses und Senats auf, der drohenden
- 6 Ausschreibung eines Teilnetzes der Berliner S-Bahn und der Subventionierung eines neuen privaten
- 7 Betreibers durch Neubau von Werkstätten auf Landeskosten die Zustimmung zu verweigern.
- 8 Insbesondere ist eine „Loslimitierung“ zu unterbinden, die dafür sorgen würde, dass die
- 9 ausgeschriebenen Linien zwingend an einen anderen Betreiber als die S-Bahn Berlin GmbH gingen, was
- 10 der Zerschlagung des S-Bahn-Betriebs gleichkäme. Stattdessen erwarten wir, dass auf die kommende
- 11 Ausschreibung Einfluss genommen wird, sodass – wie bei bisherigen Ausschreibungen – die Möglichkeit
- 12 der Vergabe an eine andere Betreiberin als die S-Bahn Berlin GmbH erheblich erschwert wird und dass in
- 13 der Koalition darauf hingewirkt wird, mittelfristig auf Ausschreibungen von Teilnetzen der S-Bahn ganz zu
- 14 verzichten

Begründung erfolgt mündlich

Dringlichkeitsantrag D1
Einreicher*innen: Ronald Luther

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

1 Nein zur Kooperation mit der CDU! Für ein sozialistisches Regierungsprogramm

2 Angesichts des Wahlergebnisses in Thüringen, aus dem die LINKE als stärkste Partei hervorgeht, fordern wir
3 Bodo Ramelow und die LINKE-Fraktion in Thüringen auf, keine Kooperation oder Koalition mit der CDU
4 einzugehen. Stattdessen sollte die LINKE jetzt das Wahlergebnis zum Anlass nehmen, ein sozialistisches
5 Regierungsprogramm zu verabschieden – ein Programm, dessen Umsetzung einerseits die
6 Lebensbedingungen in Thüringen verbessert und andererseits aufzeigt, dass sich die LINKE von allen
7 anderen Parteien unterscheidet. Dieses Programm kann nicht im Bündnis mit bürgerlichen Parteien
8 umgesetzt werden, sondern nur im Bündnis mit der arbeitenden Bevölkerung und den Gewerkschaften.

9 Da laut Landesrecht der jetzige Ministerpräsident im Amt bleibt, solange keine neue Regierung gebildet ist,
10 sollte die LINKE jetzt die Chance nutzen, als Minderheitsregierung Maßnahmen zur Abstimmung zur stellen
11 wie zum Beispiel: Einführung eines kostenlosen ÖPNV und massiver Ausbau des Schienenverkehrs in Stadt
12 und Land; Beschlagnahmung von spekulativem leerstehendem Wohnraum, Enteignung von
13 Immobilienkonzernen unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung, Mietsenkung und Deckelung der
14 Mieten auf Kostenmiete, Bau von kommunalen Wohnungen; Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem
15 Lohn- und Personalausgleich im öffentlichen Dienst als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung;
16 Rekommunalisierung und massiver Stellenaufbau in Krankenhäusern, Verkehrsbetrieben sowie allen
17 Bereichen der Daseinsvorsorge unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch demokratisch
18 gewählte Räte von Beschäftigten, Nutzer*innen, Gewerkschaften und Landesvertreter*innen;
19 Unternehmen, die mit Entlassungen oder Kürzungen drohen, in Landeseigentum unter demokratischer
20 Kontrolle und Verwaltung zu überführen; die Erhebung der Vermögenssteuer und Nutzen aller
21 Möglichkeiten von Besteuerung der Reichen und Gewinne durch das Land und die Kommunen; massive
22 Investitionen in Infrastruktur und Soziales; Abschaffung aller Gebühren und Kosten im Bildungswesen,
23 Aufsetzen eines Programms zur vollständigen Deckung offener Stellen in den Schulen.

24 Für die Durchsetzung und Verteidigung dieser Maßnahmen muss die LINKE die arbeitende Bevölkerung
25 demokratisch einbeziehen und mit Demonstrationen und Streiks in Thüringen und bundesweit
26 mobilisieren. Diese Politik würde auch die Erfolge der AfD unter Arbeiter*innen und Jugendlichen
27 untergraben, welche diese mit rechtspopulistischer Politik, Rassismus und Nationalismus in die Irre führt.
28 Ein solches Programm könnte der LINKEN bundesweit Unterstützung bei denjenigen sichern, die nach einer
29 Alternative Ausschau halten. So wäre garantiert, dass dieser Wahlerfolg keine Eintagsfliege, sondern einen
30 Schritt auf dem Weg der LINKEN zu einer sozialistischen Massenpartei markiert.

Begründung:

Die Signale von Teilen der Parteiführung zu einer möglichen Kooperation oder gar Koalition mit der CDU in Thüringen sind brandgefährlich und falsch. Sie schädigen bereits jetzt die LINKE insgesamt, weil sie dazu beitragen, dass die Partei als Teil des bürgerlichen Establishments gesehen wird und nicht als Partei, die grundsätzlich für eine radikal andere Politik im Interesse der Masse der arbeitenden Bevölkerung einsteht. Das muss beendet werden. Es ist eine Illusion zu glauben, dass eine Politik möglich wäre, mit der man gemeinsam in der Regierung mit den bürgerlichen Parteien die Interessen der arbeitenden Bevölkerung verfolgen könnte, erst recht nicht in Zeiten der kapitalistischen Krise.

Das Argument, eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien sei jetzt nötig, um das Erstarken der AfD zu verhindern, ist grundfalsch. Das Gegenteil ist der Fall. Die rot-rot-grüne Regierung in Thüringen

wurde abgewählt. Deshalb ist es ein Fehler zu glauben, dass gerade der Weg von R2G Erfolge bringt. In Wirklichkeit hat R2G den Aufstieg der AfD nicht verhindert. Gerade, wenn die LINKE jetzt auch noch eine Zusammenarbeit mit der CDU für möglich erklärt und damit noch weiter in Richtung bürgerliches Establishments rückt, stärkt das potentiell die Unterstützung für eine AfD, die sich als einzige Anti-Establishment-Partei präsentiert.

Bereits jetzt wurde die Partei durch die Regierungsbeteiligungen in Ostdeutschland in zwei Bundesländern abgestraft. In Thüringen hat die LINKE vor allem Stimmen hinzugewonnen, weil viele Angst vor einer AfD als stärkster Kraft hatten. Das Wahlergebnis kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die LINKE in Thüringen in Programm und Auftreten kaum noch von den anderen bürgerlichen Parteien zu unterscheiden ist.

Es ist nicht Aufgabe der LINKEN den Ball bei der CDU zu sehen, wie Bernd Riexinger es leider formuliert hat. Stattdessen ist es notwendig zu sagen, was in der aktuellen Situation eine linke Partei mit sozialistischem Anspruch eigentlich zu tun hat. Als Minderheitsregierung könnte die LINKE zum ersten Mal deutlich machen, was ein sozialistisches Programm in der Praxis für die arbeitende Bevölkerung bedeuten könnte: Kostenloser ÖPNV, bezahlbare und gute Wohnungen, verkürzte Arbeitszeit, gut ausgestattete Krankenhäuser und Schulen mit mehr Personal und Auszubildenden, Tariflöhne und die 35-Stunden-Woche als erster Schritt zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit, Verteidigung und Erhalt aller Arbeitsplätze in der Industrie durch Überführung in Gemeineigentum. Auf dieser Grundlage könnte eine Begeisterung für linke und sozialistische Ideen weit über Thüringen hinaus aufgebaut werden. Die LINKE würde nicht nur in Thüringen und in Ostdeutschland enormen Zuspruch erlangen, sondern in der ganzen Republik, wenn linke und sozialistische Ideen real werden. Gleichzeitig wäre dieses Vorgehen das beste Mittel gegen Spaltung und AfD, welche auf dem katastrophalen sozialen Nährboden gedeihen, den die pro-kapitalistischen Parteien seit der Wiedereinführung des Kapitalismus in Ostdeutschland bereitet haben.

Klar ist, dass die Herrschenden und bürgerlichen Parteien eine solche Politik massiv bekämpfen würden. Das könnte die LINKE nutzen, um sie bei den Abstimmungen im Landtag zu entlarven und aufzuzeigen, dass sie lediglich die Interessen der Mächtigen vertreten. Da die oben genannten Maßnahmen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung sind, wäre es nötig und möglich, massenhaft Menschen dafür zu mobilisieren. Ein solcher Kampf wäre ein riesiger Schritt, um die LINKE als Partei zu stärken und sozialistische Ideen im Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise und für die Überwindung dieses Systems zu verankern.



Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin XX. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Ursprungsinitiator: SPD/Grüne/LINKE,

Drs. Nr.: 1524/XX
TOP Nr.:

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Sitzung	Beratungsstand
30.10.2019	BVV	BVV/040/XX	

Antrag

Klimanotstand! Neukölln handelt angesichts der Klimakrise

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Die BVV Neukölln erkennt an, dass ein von Menschen verursachter Klimawandel die Lebensgrundlagen unseres Planeten gefährdet und dass die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen eine Aufgabe von höchster Priorität auch für den Bezirk Neukölln ist.

Die BVV ersucht daher das Bezirksamt Neukölln, angesichts dieser für Mensch und Umwelt immer bedrohlicher werdenden Entwicklung symbolisch den Klimanotstand für den Bezirk Neukölln festzustellen. Das Bezirksamt wird ersucht, seine Beschlüsse darauf zu überprüfen, mit welchen Klimabelastungen der jeweilige Beschluss verbunden ist. Berichte an die Senatsverwaltung gemäß § 9 EWG Berlin werden der BVV zur Verfügung gestellt.

Der Bezirk hat bereits Schritte auf dem Weg zu Ressourcenverträglichkeit und Klimaneutralität unternommen, z.B. durch:

- Umbau der Verkehrsinfrastruktur, insbes. Umsetzung einer nachhaltigen Fuß- und Radverkehrspolitik (z.B. Fahrradstraßen),
- Gestaltung von Grünflächen (Berücksichtigung des Artenschutzes, dezentrales Regenwassermanagement),
- energetische Sanierung von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden,
- Förderung von Ressourceneinsparung und Kreislaufwirtschaft (z.B. „Sperrmüllfeste“ oder Nachhaltigkeitsveranstaltungen)

der Klimanotstand macht jedoch eine Intensivierung der Anstrengungen auf dem Weg zu einer ressourcenverträglichen und klimaneutralen Stadt nötig. Dazu wird das Bezirksamt gebeten,

- das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm durch ein Neuköllner Energie- und Klimaschutzprogramm zu ergänzen, das gemäß § 9 Energiewendegesetz Berlin (EWG Bln) die Erstellung bezirklicher Energie- und Kohlendioxidbilanzen, Formulierung von Zielen zur Minderung von Kohlendioxidemissionen und Aussagen zur Einsparung von Energie in bezirklichen Gebäuden einschließt;
- die im Haushalt 2020/2021 bereits vorgesehene Stelle einer/eines Klimaschutzbeauftragten dauerhaft zu sichern und Mittel für deren Vollfinanzierung zu beschaffen;
- einen von der/vom Klimaschutzbeauftragten koordinierten Klimaschutzbeirat aus Politik und Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Initiativen und interessierten Bürger*innen zu bilden, der auch der Vernetzung der vielfältigen in Neukölln ansässigen Organisationen dient, die in diesem Bereich tätig sind;
- zur Umsetzung des Programms Fördermittel der EU-, Bundes- und Landesebene aktiv einzuwerben und die Umsetzung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachbereichen auf Bezirksebene sowie dem Klimabeirat zu koordinieren;
- eine Webseite einzurichten, die über kommunalen Klimaschutz und Möglichkeiten zur aktiven Mitwirkung von Bürger*innen sowie Firmen, Vereinen und Organisationen in Neukölln informiert;
- die Begrünung des Gebäudebestandes aktiv umzusetzen und durch Vermittlung und Aktivierung von Fördergeldern zu fördern, auch um den Wegfall von Grünflächen durch Wohnungsbau aus-

zugleichen;

- öffentliche Gebäude und Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie zu nutzen.

Das Bezirksamt wird gebeten, sich in Gremien auf Landesebene für eine Erweiterung der Handlungsoptionen zur Bekämpfung des Klimanotstands und für eine sozial gerechte Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen.

Begründung: Durch verschiedene Förderprogramme, vor allem die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums, fördern Bundesregierung und Senat von Berlin wirksame Klimaschutzmaßnahmen in öffentlichen Einrichtungen, in der Wirtschaft, bei Verbraucher*innen und in Schulen und Bildungseinrichtungen. Diese Gelder gilt es nutzbar zu machen, um Klimaschutz in Neukölln sozial gerecht umzusetzen, denn der Klimawandel ist eine existenzielle Bedrohung für das Fortbestehen der Menschheit und der Natur. Mit zunehmender Geschwindigkeit schmelzen Gletscher ebenso wie das Eis an den Polen; der Meeresspiegel steigt. Extreme Wetterereignisse wie der Hitzesommer 2018 sowie Starkregen, Stürme, Dürren und Überschwemmungen werden häufiger, Niederschlag wird unberechenbarer und insgesamt geringer. Das durch den Klimawandel verstärkte Artensterben birgt unabsehbare Konsequenzen für das Ökosystem Erde. Darunter leidet Mitteleuropa bereits heute, Menschen im globalen Süden sehen ihre Lebensgrundlage und ihren Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse in ihren Heimatländern stark bedroht. Das Anwachsen der weltweiten Migration wird die Folge sein, wenn den Folgen des Klimawandels nicht gegengesteuert wird. Letzten Endes werden aber vor allem kommende Generationen die Rechnung für die seit der Industrialisierung stark steigenden Treibhausgasemissionen, den hohen Ressourcenverbrauch sowie die dramatische Verringerung der Arten und deren Folgen zahlen müssen. Um dem zu begegnen und die Erde lebenswert zu erhalten, sind alle politischen Ebenen gefragt: Die internationale Staatengemeinschaft hat sich 2015 im Pariser Klimaabkommen darauf geeinigt, die globale Erwärmung auf unter 2° Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu beschränken und sogar einen Temperaturanstieg auf unter 1,5° Celsius anzustreben. Zudem gilt es, in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts Treibhausgasneutralität herzustellen und den Ressourcenverbrauch auf ein umweltverträgliches Maß zu reduzieren. Um diese Ziele zu erreichen, müssen alle Länder laut dem Sonderbericht des Weltklimarats vom Oktober 2018 menschengemachte Treibhausgasemissionen bis 2030 weltweit um 40% gegenüber dem Niveau von 2010 reduzieren. Dazu muss auch Neukölln seinen Beitrag leisten!

Berlin-Neukölln, den 22.10.2019

SPD/Grüne/LINKE, Fraktionsvorsitzende,
(Antragsteller, Fragesteller bzw. Berichterstatter)

Abstimmungsverhalten:

	SPD	CDU	Grüne	LINKE	AfD	Gr.FDP	Babilon	Kapitän	Zielisch
JA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
NEIN	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ENTH.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ergebnis:

- Einstimmig
- beschlossen mit Änderung Kenntnis genommen abgelehnt gewählt
- zurückgezogen vertagt gegenstandslos
- überwiesen in den Ausschuss für _____ (federführend)
- zusätzlich in den Ausschuss für _____
- und in den Ausschuss für _____
- beantwortet schriftlich
- BzBm/FinWi BiSchuKuSport JugGes StadtSozBüD UmNat

1 DIE LINKE. Berlin
2 7. Landesparteitag, 3. Tagung
3 23. November 2019

4

5 **Antrag A 1**

6 **Antragssteller*in:** Landesvorstand

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8 **Berlin ist anders: sozialer Zusammenhalt statt Ausverkauf**

9 Die europäische Metropole Berlin steht 30 Jahre nach dem Mauerfall und dem Ende der europäischen
10 Teilung für Freiheit, Menschenrechte und Solidarität.

11 Doch nicht erst die Morde von Halle und Kassel zeigen, dass die Bedrohung von rechts dramatisch
12 zunimmt. Rechte Terroristen lassen rassistischer, antisemitischer und antimuslimischer Hetze brutale
13 Taten folgen. Die Angriffe auf Geflüchtete, auf Muslime und Muslima, auf Jüdinnen und Juden, auf Sinti
14 und Roma, auf Menschen mit Behinderungen, auf Schwule und Lesben, auf wohnungslose Menschen
15 und auch auf Linke reißen nicht ab. Auf der anderen Seite wächst die Solidarität der Menschen, die sich
16 diesem menschenverachtenden Hass entgegenstellen und für demokratische Grundwerte eintreten.

17 Zugleich haben mehr als 30 Jahre neoliberaler Politik im Osten wie im Westen unseres Landes soziale
18 und kulturelle Verheerungen unterschiedlichster Art hinterlassen. Doch immer mehr Menschen
19 beginnen, sich gegen diese Zumutungen zu wehren, und kämpfen für einen stärkeren sozialen
20 Zusammenhalt, für höhere Löhne und bezahlbare Mieten. Die Sicherung von Grundbedürfnissen wie
21 Wohnen und Gesundheit, der Zugang zu Energie und Wasser, zu Bildung und Mobilität durch die
22 öffentliche Hand sind wieder politisch durchsetzbar, die Umkehr der Privatisierungspolitik der 1990er
23 und 2000er Jahre ist eine realistische Perspektive für unsere Stadt geworden.

24

25 **Die alltäglichen Probleme lösen**

26 Der rot-rot-grüne Senat ist vor drei Jahren angetreten, das Leben in der wachsenden Stadt für alle besser
27 zu machen. Dafür haben wir seitdem bereits einige zentrale Verbesserungen erreicht und dabei:

28 • **[Arbeit und Soziales]** den Mindestlohn bei Aufträgen des Landes erhöht, die Hilfe für
29 Obdachlose ausgeweitet, die Mietzuschüsse für Transferleistungsbeziehende erhöht, kostenfreie
30 Sozialberatungen in allen Bezirken eingeführt, das Verbot sachgrundloser Befristungen im öffentlichen
31 Dienst sowie in den landeseigenen Unternehmen durchgesetzt, und die ehemals outgesourcte Firmen
32 der Charité CFM und CPPZ wieder zu 100 Prozent in die öffentliche Hand bzw. in das
33 Mutterunternehmen zurückgeführt;

34 • **[Wohnen und Mieten]** den Mietendeckel auf den Weg gebracht, rund 15.000 Wohnungen
35 aufgekauft und in öffentlichen Besitz gebracht, Mieterhöhungen im sozialen Wohnungsbau ausgesetzt,
36 die landeseigenen Wohnungsunternehmen mit einer Kooperationsvereinbarung auf mieterfreundliche
37 Politik verpflichtet, das Zweckentfremdungsverbot geschärft und kostenfreie Mieterberatungen in allen
38 Bezirken geschaffen;

- 39 • **[Kunst und Kultur]** die Arbeitsbedingungen für Künstler*innen verbessert, mit dem Abbau des
40 Sanierungsstaus in den Kultureinrichtungen begonnen, bedrohte Standorte gerettet, die Mittel für
41 kulturelle Bildung erhöht, kulturelle Teilhabe durch Vermittlungsprogramme und einen eintrittsfreien
42 Museums-Sonntag im Monat ab 2020 gestärkt, die neue Zentral- und Landesbibliothek für Berlin am
43 Blücherplatz auf den Weg gebracht;
- 44 • **[Mobilität und Verkehr]** mit dem Mobilitätsgesetz erste Weichen für die Verkehrswende in der
45 Stadt gestellt, das Sozialticket bezahlbar gemacht, ein günstiges Azubi-Ticket eingeführt und das
46 Schülerticket für Bus und Bahn kostenfrei gemacht
- 47 • **[Migration und Partizipation]** mit dafür gesorgt, dass sich Berlin als eine der ersten Städte
48 zum sicheren Hafen zur Aufnahme von Geflüchteten aus dem Mittelmeer erklärt hat, dass das Land eine
49 Bundesratsinitiative für die leichtere Aufnahme gestartet hat, dass eine Clearingstelle für Menschen
50 ohne Krankenversicherung eingerichtet wurde und dass es ein partizipativ mit Initiativen erarbeitetes
51 Integrationskonzept für Geflüchtete gibt
- 52 • **[Umwelt und Energie]** das Berliner Stadtwerk gestärkt, die Rekommunalisierung des Berliner
53 Energienetzes auf den Weg gebracht, den Ausstieg aus der Kohlenutzung in Berliner Kraftwerken bis
54 2030 beschlossen, die Parkreinigung ausgeweitet und einen Tierschutzbeauftragten eingesetzt;
- 55 • **[Bildung und Schule]** den Kita-Besuch kostenlos gemacht, das kostenlose Mittagessen an
56 Berliner Schulen eingeführt, die Schulbauoffensive für Sanierung und Neubau gestartet, die
57 Grundschullehr*innen bei der Bezahlung mit Lehrkräften an weiterführenden Schulen gleichgestellt und
58 die Gemeinschaftsschule als Regelschule verankert;
- 59 • **[Gutes Leben]** den 8. März und damit den internationalen Frauentag dauerhaft zum Feiertag
60 erklärt und im kommenden Jahr darüber hinaus den 8. Mai und damit den 75. Jahrestag des Tags der
61 Befreiung in Berlin zum Feiertag gemacht.

62 Und dennoch gibt es für viele Berlinerinnen und Berliner weiterhin eine ganze Reihe alltäglicher
63 Probleme. Die Suche nach einem Kitaplatz gleicht immer noch einer Lotterie, Termine beim Bürgeramt
64 gibt's erst in ein paar Wochen und der Berliner Verkehr, ob mit den Öffentlichen, dem Auto oder dem
65 Fahrrad, ist oft eine Zumutung. Deshalb dürfen wir uns auf dem bisher Erreichten nicht ausruhen. Der
66 Erfolg der rot-rot-grünen Koalition wird sich auch daran bemessen, ob am Ende der Legislaturperiode
67 für die Berliner*innen weitere reale Verbesserungen in ihrem Alltag spürbar sind.

68 Die Koalition und die sie tragenden Parteien SPD, LINKE und Grüne müssen deshalb weiter gemeinsam
69 an der Entwicklung unserer Stadt arbeiten. Das geht nicht immer reibungslos, da die drei Parteien in
70 manchen Bereichen unterschiedliche programmatische Leitlinien verfolgen. Für uns als LINKE ist
71 zentral, dass es für alle Berlinerinnen und Berliner gleich welcher Herkunft, welchen Geschlechts,
72 welchen Alters, welcher sexuellen Orientierung oder welchen Gesundheitszustands und auch mit einem
73 geringen oder mittleren Einkommen möglich ist, in der Stadt gesund, gut und sicher zu leben. Deshalb
74 setzen wir uns weiter für eine Politik der ökologischen Nachhaltigkeit und der sozialen Gerechtigkeit
75 ein. Für uns sind Solidarität und Zusammenhalt dabei das Leitbild, an dem wir unsere Politik messen
76 und orientieren.

77 **Dem Mietenwahnsinn ein Ende setzen**

78 Wir haben im Wahlkampf 2016 die Frage „Wem gehört die Stadt?“ gestellt und damit den Nerv der Zeit
79 getroffen. Dies zeigt sich insbesondere an der Auseinandersetzung um bezahlbare Mieten in Berlin. Die
80 Mietpreise sind spätestens seit 2013 explodiert. Für Menschen mit kleinen oder mittleren Einkommen

81 ist es bislang kaum mehr möglich, eine bezahlbare Wohnung zu finden – und das nicht mehr nur
82 innerhalb des S-Bahn-Rings. Dahinter steht vor allem das Profitstreben großer privater
83 Wohnungsunternehmen, die gezielt alle Möglichkeiten nutzen, um die Mieten in die Höhe zu treiben. Sei
84 es durch Aufkauf des vorhandenen Wohnungsbestands oder durch Neubauprojekte, bei denen Kauf-
85 oder Mietpreise für den Großteil der Menschen unbezahlbar sind. In Berlin droht so die gleiche
86 Entwicklung wie in Paris oder London, wo Normalverdiener*innen schon lange aus der Stadt verdrängt
87 wurden und nur noch zum Arbeiten in die Stadt pendeln. Wir setzen alles daran diese Entwicklung zu
88 stoppen.

89 In den letzten Monaten haben wir erleben können, was passiert, wenn versucht wird, politisch
90 grundlegend gegen den Mietenwahnsinn vorgehen. Mit millionenschweren Kampagnen, aggressivem
91 Lobbying und fadenscheinigen Argumenten versuchen die großen Immobilienunternehmen und ihre
92 Verbände alles, um ihre Renditen zu schützen. Wir haben diesen Kampf aufgenommen. Aus diesem
93 Grund unterstützen wir die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ und wollen mit dem Berliner
94 Mietendeckel den Mietenwahnsinn durchbrechen. Nach wochenlangen Debatten und zähen
95 Verhandlungen ist es der rot-rot-grünen Koalition gelungen beim Mietendeckel einen Kompromiss zu
96 erarbeiten, der in seiner Wirkung in der Bundesrepublik einmalig sein wird. Der Dank für diesen Erfolg
97 gilt auch den vielen Berliner*innen und den Initiativen, die den Druck auf die Politik organisiert haben.
98 Es lohnt sich!

99 Mieterhöhungen bei bestehenden Mietverträgen werden durch den Mietenstopp in den kommenden
100 fünf Jahren drastisch eingeschränkt. Mit dem Mietendeckel werden zudem Obergrenzen für
101 Mietwohnungen festgesetzt, die für die Wiedervermietung von Wohnungen gelten, und damit vorerst
102 die Spekulation auf immer weiter steigende Mieten beenden. Es wird so wieder möglich sein, innerhalb
103 Berlins umzuziehen. Die Position der Mieter*innen gegenüber ihren Vermieter*innen wird massiv
104 gestärkt. Das Einfrieren der Miete kann wirksam Verdrängung und Wohnungsverlust vermeiden und
105 verschafft den Berliner*innen eine Atempause und Sicherheit. Mit der Absenkung überhöhter Mieten,
106 werden insbesondere die Haushalte mit geringen Einkommen massiv entlastet und können in ihren
107 Wohnungen bleiben.

108 Nach Inkrafttreten des Mietendeckels wird es darum gehen, dass Gesetz konsequent in der Praxis
109 durchzusetzen und die Mieterinnen und Mieter in unserer Stadt über ihre Rechte aufzuklären und damit
110 mit dazu beitragen, dass das in der Berliner Verfassung verankerte Recht auf Wohnen endlich
111 Wirklichkeit wird.

112 **Wohnen ist ein Menschenrecht**

113 Ob eine Gesellschaft zu Solidarität und Zusammenhalt fähig ist, zeigt sich in ihrem Umgang mit den
114 Schwächsten der Schwachen. Das gilt insbesondere für den Umgang mit wohnungs- und obdachlosen
115 Menschen, die wohl brutalste Folge von Mietenwahnsinn und Arbeitsausbeutung. Wohnungslosigkeit
116 trifft dabei längst auch Familien mit Kindern und arbeitende Menschen.

117 Wir haben es dabei im Senat in engem Zusammenwirken mit den Bezirken, Verbänden und Initiativen
118 in einem ersten Schritt geschafft, die Kältehilfe im Winter massiv auszubauen, damit möglichst alle
119 Menschen in der kalten Jahreszeit ein Dach über dem Kopf und einen Schlafplatz in der Nacht haben
120 können.

121 Dringend notwendig ist darüber hinaus, dass für wohnungslose Menschen ein ganzjähriges Angebot an
122 niedrighschwelligem Hilfen zur Verfügung steht. Notschlafplätze und Tagesstätten gehören genauso dazu
123 wie medizinische und pflegerische Versorgung. DIE LINKE. Berlin unterstützt die Idee von Tiny Houses
124 und Safe Places, in denen grundlegende hygienische Rahmenbedingungen gewährleistet werden und
125 die obdachlosen Menschen Schutz vor Verdrängung, Angriffen und Belästigung bieten und ein Angebot
126 in den Einstieg in das reguläre Hilfesystem sind.

127 Gleichzeitig gilt es, weg von der Notfallversorgung zu kommen und Regelangebote zur Verhinderung von
128 Wohnungslosigkeit zu schaffen, die über das Bestehende hinaus gehen. Oberstes Ziel muss sein,
129 Wohnraum zu erhalten und wohnungslose Menschen in Wohnraum zu bringen. Die erste positive
130 Bewertung von Housing First – dem Modellprojekt, in dem obdachlose Menschen ohne Vorbedingungen
131 eine eigene Wohnung vermittelt wird – zeigt, dass wir solche Konzepte verstetigen und ausbauen
132 müssen.

133 Dazu gehört auch, dass zweckentfremdeter und von Treuhändern verwalteter Wohnraum
134 wohnungslosen Menschen angeboten wird, und zwar auch dann, wenn daraus nur kurz- bis mittelfristige
135 Lösungen erwachsen. Insbesondere besonders schutzbedürftige Mieterinnen und Mieter
136 (Schwerkranke, Pflegebedürftige, Familien, Menschen mit Behinderungen u.a.) müssen im Falle einer
137 Wohnungskündigung besondere Unterstützung erhalten bis hin dazu, dass ihre Wohnung über das
138 Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz beschlagnahmt und ihnen weiter zum Wohnen zur
139 Verfügung gestellt wird. Zwangsräumungen bei landeseignen Wohnungsunternehmen müssen beendet
140 werden. In den Wintermonaten soll ein genereller Zwangsräumungsstopp für alle gelten.

141 Besonders schwierig ist die Situation von obdachlosen EU-Bürger*innen, die oftmals Opfer von
142 Arbeitsausbeutung sind, wo sie vom Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen sind.
143 Deshalb muss sich das Land Berlin auf Bundesebene zusammen mit anderen mitte-links regierten
144 Ländern weiterhin offensiv dafür einsetzen, dass die bestehenden Leistungsausschlüsse bei Hartz IV
145 und in der Sozialhilfe beseitigt werden und ihnen damit ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird.
146 Insbesondere werden wir uns weiter dafür ein, dass alle wohnungslosen Menschen – unabhängig von
147 ihrer Herkunft und ihrem Anspruch auf Sozialleistungen – einen Anspruch auf Unterbringung haben.

148 Wohnen ist ein Menschenrecht. Dieses Menschenrecht auch für die Schwächsten der Schwachen zu
149 realisieren, wird für uns in den kommenden Jahren ein Schwerpunkt bleiben. Wir unterstützen die von
150 der Sozialverwaltung organisierte „Nacht der Solidarität“ mit den obdachlosen Menschen in Berlin am
151 30. Januar 2020.

152 **Jetzt den nächsten Wahlkampf vorbereiten**

153 Als Partei müssen wir bereits jetzt mit den Vorbereitungen der Abgeordnetenhauswahl 2021 beginnen.
154 Dazu werden wir Anfang 2020 eine Bezirkskonferenz durchführen. Dort wollen wir gemeinsam die
155 Themen erarbeiten, die den Menschen in ihrem Bezirk, dem Kiez und der Nachbarschaft auf den Nägeln
156 brennen. Die Bezirkspolitik ist ein wichtiger Pfeiler unserer Politik in Berlin und im Bezirk werden
157 politische Entscheidungen für die Berlinerinnen und Berliner unmittelbar erfahrbar. Das Wissen und die
158 Erfahrungen unserer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Stadträtinnen und Stadträte und der vielen
159 Bezirksverordneten ist dabei unerlässlich. Ausgehend von den Problemlagen vor Ort wollen wir
160 Vorschläge erarbeiten, die in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden müssen.

161 Der Bezirkskonferenz soll im Frühjahr eine Stadtpolitische Konferenz folgen, die sich insbesondere mit
162 den Fragen der wachsenden Stadt beschäftigt. Dort wollen wir Ideen zusammentragen, wie wir Wohnen,
163 Verkehr, Bildung, Kultur und die gesamte Infrastruktur unserer Stadt so gestalten können, dass sie nicht
164 an den wirtschaftlichen Interessen einzelner Investoren oder Konzernen ausgerichtet werden, sondern
165 dazu ein gutes Leben für alle in einer wachsenden Stadt ermöglichen.

166 **Wahlprogramm-Prozess organisieren**

167 Beide Konferenzen bilden den Startpunkt für die Entwicklung unseres Wahlprogramms. Dieses wollen
168 wir unter breiter Beteiligung der Mitgliedschaft und unter Einbindung der Berlinerinnen und Berliner
169 erarbeiten. Dafür werden wir in den nächsten Monaten geeignete Formate entwickeln und dabei
170 anknüpfen an die weiterhin brennende Frage „Wem gehört die Stadt?“.

171 Unter Einbeziehung von interessierten Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Verbänden werden wir
172 dabei in einer Reihe von Workshops/Ratschlägen vor allem zu folgenden Themenkomplexen über
173 Antworten auf die drängenden Fragen unserer Stadt diskutieren:

174 *Gute Arbeit in Berlin* – Gestaltung von Industrie und Dienstleistung 4.0 auf

175 *Gutes Leben in Berlin* – Armutsbekämpfung als Querschnittsaufgabe

176 *Wohnen in der wachsenden Stadt* – neuen bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen

177 *Mobilität für alle* – sozial gerecht, klimaneutral und barrierefrei

178 *Klimagerechte Stadt* – Umwelt und Naturschutz und die Verteidigung von Freiräumen mit den
179 Anforderungen einer wachsenden Stadt zusammenbringen

180 *Vielfalt gestalten heißt die Solidarische Stadt leben* – Diskriminierung, Rechtsextremismus, Rassismus
181 und Antisemitismus wirksam bekämpfen

182 *Kultur, Wissenschaft und Bildung* - Grundressourcen für die Gestaltung der sozialen Stadt für alle

183 *Innen- und Rechtspolitik* – öffentliche Sicherheit und demokratische Erneuerung der Stadtgesellschaft

184 *Gesundheit in Berlin* – Sicherung der Versorgung in allen Stadtteilen und Weiterentwicklung unserer
185 öffentlichen Krankenhäuser zu leistungsfähigen Gesundheitszentren

186 *Die Stadt wird Älter* – Mitbestimmung und Teilhabe für Seniorinnen und Senioren in der Stad
187 gewährleisten

188 *Berlin als inklusive Stadt* – der Zugang zu allen Bereichen unserer Stadt muss für alle Menschen
189 barrierefrei und diskriminierungsfrei möglich sein

190 Begründung: erfolgt mündlich

1 DIE LINKE. Berlin
2 7. Landesparteitag, 3. Tagung
3 23. November 2019

4 **Antrag A9**

5 **Antragssteller*in:** BV Tempelhof-Schöneberg

6 Der Landesparteitag möge beschließen:

7 **Öffentlichen Nahverkehr günstiger, nicht teurer machen!**

8 Die Berlinerinnen und Berliner diskutieren über den Klimawandel, darüber, wie er wirksam bekämpft
9 werden kann und welche Rolle dabei die Verlagerung des Verkehrs in die öffentlichen Systeme spielt.
10 Mitten in diese wichtige Debatte platzte die Ankündigung der BVG, die Fahrscheinpreise zu erhöhen.
11 Bei vielen Menschen entstand der Eindruck einer wachsenden Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit
12 - zwischen weitreichenden Vorschlägen, die von Politikern in den Umlauf gebracht werden (kostenloser
13 ÖPNV, 365-Tage-Ticket etc.), und dem politischen Alltag, der das nicht einlöst. Das schadet der
14 Glaubwürdigkeit der Politik und fällt auch negativ auf Rotrotgrün zurück. Vor allem aber ist die
15 Fahrpreiserhöhung weder ein Beitrag zum Klimaschutz, noch zur Armutsbekämpfung. DIE LINKE Berlin
16 formuliert deshalb ihre schärfste Kritik an diesem Schritt.

17 Wir erwarten, dass der Senat alles Notwendige dafür unternimmt, dass die Erhöhung zurückgenommen
18 und der Pfad der Preisentwicklung nachhaltig umgedreht wird. Entsprechende Gespräche im
19 Verkehrsverbund müssen sofort aufgenommen werden. Bis zum Ende der Wahlperiode muss eine
20 deutlich sichtbare Preisabsenkung erreicht werden. Damit tatsächlich mehr Fahrgäste in den ÖPNV
21 gebracht werden können, müssen zusätzliche Tram-Strecken gebaut, Fahrzeuge beschafft und Personal
22 eingestellt werden. DIE LINKE Berlin setzt sich dafür ein, dass die Planung neuer Tramstrecken
23 beschleunigt und, als Zwischenlösung, der Busverkehr deutlich ausgeweitet wird. Neue Buslinien und
24 das Personal müssen im Verkehrsvertrag mit der BVG vereinbart werden. Die Zuschüssen an die BVG
25 müssen in dem dafür notwendigen Maße angepasst werden. Die nötigen Lohnerhöhungen für BVG-
26 Mitarbeiter und dringend erforderliche Verkehrswende dürfen nicht auf die Nutzer des ÖPNV abgewälzt
27 werden.

28 Begründung: erfolgt mündlich